Dicke Luft

Die EU-Kommission geht gleich zweimal gegen Deutschland vor: Wegen hoher Schadstoffwerte und des Umgangs mit dem Diesel-Skandal

VORBEREITUNG AUF FAHRVERBOTE: IN HAMBURG WERDEN BEREITS SCHILDER AUFGESTELLT, MIT DENEN LKW FERNGEHALTEN WERDEN SOLLEN.

Berlin. Schallende Ohrfeige für die Große Koalition und das CSU-geführte Verkehrsministerium: Wegen zu schmutziger Luft in den hiesigen Städten bringt die EU-Kommission Deutschland vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Die Bundesrepublik habe über Jahre hinweg zu wenig getan, um die Belastung der Atemluft mit gesundheitsschädlichen Stickoxiden zu reduzieren und die geltenden Grenzwerte einzuhalten, sagte EU-Umweltkommissar Karmenu Vella am Donnerstag in Brüssel. Auch die kürzlich angekündigten Sofortmaßnahmen reichten nicht aus, um die Luftqualität schnell zu verbessern. Neben Deutschland verklagt die Kommission noch fünf weitere Mitgliedstaaten in dieser Angelegenheit. Die Bundesrepublik steht darüber hinaus unter Druck, weil sie nach Auffassung der Kommission zu lasch auf den Diesel-Skandal bei Volkswagen reagiert hatte.

Mit ihren Klagen unternimmt die Brüsseler Behörde den letzten Schritt in diversen Vertragsverletzungsverfahren, die bereits seit mehreren Jahren laufen. „Ziel ist es, die Bürger zu schützen und sicherzustellen, dass alle saubere Luft atmen können“, sagte Vella. EU-weit müssten jedes Jahr 400 000 Menschen vorzeitig sterben, weil sie dauerhaft schmutzige Luft einatmen.

Die Grenzwerte, um die es geht, gelten europaweit bereits seit 2010. Sie werden vielerorts aber immer noch nicht eingehalten. In Deutschland bezieht sich die Kommission auf 26 Ballungsräume mit zu hoher Stickoxid-Belastung. Darunter sind Berlin, München, Hamburg, Köln und das Rhein-Main-Gebiet. Im Zusammenhang mit der Stickoxid-Konzentration verklagt die Kommission nun auch Frankreich und Großbritannien. Italien, Rumänien und Ungarn wiederum werden wegen einer zu starken Feinstaub-Belastung vor Gericht gebracht.

„Die heute vor dem Gerichtshof angeklagten Mitgliedstaaten haben in den zurückliegenden zehn Jahren genügend letzte Chancen erhalten, um die Situation zu verbessern“, sagte Vella. Gegen Deutschland hatte die Kommission bereits im Juni 2015 ein Vertragsverletzungsverfahren wegen zu hoher Stickoxid-Belastungen eröffnet – also wenige Monate vor Bekanntwerden des VW-Abgasskandals.

Die Klagen gegen die Mitgliedstaaten kommen alles andere als überraschend: Kommissar Vella hatte Ende Januar die damalige Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und ihre Kollegen aus den anderen betroffenen EU-Ländern nach Brüssel zitiert und sie aufgefordert, binnen kürzester Zeit darzulegen, wie sie rasch die Luftqualität in ihren Staaten zu verbessern gedenken. Im Februar schickte die Bundesregierung daraufhin einen Brief an die Kommission, in dem sie diverse Maßnahmen in Aussicht stellte – darunter ein kostenloser Nahverkehr in einigen Modellstädten sowie eine bessere Förderung der Elektromobilität.

Diese Pläne konnten Vella und seine Experten aber offenbar nicht überzeugen. Das Gleiche gilt für die Last-Minute-Programme, die die anderen Staaten vorlegten. Allerdings kommen jetzt drei weitere Staaten vorerst um Klagen herum – und zwar Spanien, Tschechien und die Slowakei. Sie lieferten offenbar ambitionierte Pläne. Unterliegen Deutschland und die anderen Staaten vor dem EuGH, drohen ihnen hohe Zwangsgelder. Die Klagen erhöhen bereits jetzt den politischen Druck auf die Regierungen, entschlossen gegen die Luftverschmutzung vorzugehen. Das ist insbesondere mit Blick auf den Autoverkehr heikel, wie die gegenwärtige Debatte um Fahrverbote zeigt.

Könnte der zunehmende Druck auf die Bundesregierung auch Folgen für Bremen haben? Dazu Jens Tittmann, der Sprecher von Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne): „Die Klage tangiert uns in Bremen nicht, weil sie sich gegen die Bundesrepublik Deutschland richtet. Die EU könnte zwar theoretisch auch die Kommunen verklagen, aber das wäre in der Folge viel zu kleinteilig.“ Ohnehin liegt die Belastung in der Hansestadt derzeit knapp unter dem Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickoxide pro Kubikmeter Luft. Die beiden Messstationen erfassten 2017 einen Jahresmittelwert von 38 beziehungsweise 39 Mikrogramm.

In einem weiteren Vertragsverletzungsverfahren verschärfte die Kommission am Donnerstag die Gangart gegenüber Deutschland: Hier geht es um den Umgang der deutschen Behörden mit dem Abgasskandal bei Volkswagen. Die Kommission ist der Ansicht, dass die Bundesregierung den VW-Konzern geschont habe. Laut den EU-Vorschriften für die Typengenehmigung von Autos müssen die Mitgliedstaaten wirksame und abschreckende Sanktionssysteme einführen, um Autohersteller davon abzuhalten, gegen geltendes Recht zu verstoßen. Kommt es hingegen zu solchen Verstößen – etwa wie bei VW durch den massenhaften Einbau von Systemen zur Manipulation der Abgaswerte – müssen die Staaten Abhilfemaßnahmen wie zum Beispiel Rückrufe anordnen und Sanktionen verhängen.

Das deutsche Verkehrsministerium ist der Auffassung, dass seine Reaktion auf den VW-Skandal angemessen war. Das sieht die Kommission anders. Sie fordert im laufenden Verfahren nun zusätzliche Informationen. Minister Andreas Scheuer (CSU) wies die Vorwürfe der EU-Kommission brüsk zurück. Mit Blick auf den VW-Skandal sagte er: „Kein anderer Mitgliedstaat hat so umfassende und strenge Maßnahmen ergriffen wie Deutschland.“

Hamburg bereitet Fahrverbote vor

Die Fahrbeschränkungen für ältere Dieselfahrzeuge in Hamburg rücken näher. An den betroffenen beiden Straßenabschnitten begannen in den vergangenen Tagen Arbeitstrupps mit der Montage der Verbotsschilder, wie die Hamburger Verkehrsbehörde bestätigte. Die Schilder gälten jedoch noch nicht, sondern seien durchkreuzt. Das Fahrverbot werde lediglich vorbereitet. Laut Luftreinhalteplan soll ein 580 Meter langer Straßenabschnitt der Max-Brauer-Allee für Dieselfahrzeuge gesperrt werden, die nicht die Abgasnorm 6 oder Euro VI erfüllen. Betroffen ist auch ein rund 1,7 Kilometer langer Abschnitt der Stresemannstraße. Dieser soll aber nur für ältere Diesel-Lkw gesperrt werden. Ziel des Verbots ist die Senkung der Stickoxidbelastung. Hamburg wäre die erste Stadt, die Diesel-Fahrverbote gegen Luftverschmutzung verhängt und umsetzt. Wann die Fahrverbote in Kraft treten, ist noch offen.